

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Karsten Hilse, Andreas Bleck, Dr. Rainer Kraft, Dr. Heiko Wildberg, Peter Boehringer, Mariana Iris Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Einfach frei leben – Kein deutsches Engagement für den Großen Umbruch beziehungsweise Great Reset des Weltwirtschaftsforums – Mit Innovationen Umwelt und Wohlstand erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Der geplante, sogenannte „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums sowie weitere Fahrpläne zur Erreichung der sogenannten „Klimaneutralität“ (z. B. Green Deal der EU) stellen eine substantielle Beeinträchtigung der Umwelt wegen des weiteren Ausbaus flächenintensiver, volatiler Umgebungsenergien und eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit Deutschlands dar.
 2. Eine Beteiligung der Bundesregierung an künftigen Maßnahmen zur Erfüllung der Zielvorstellungen des geplanten „Great Reset“ verstärken die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise.
 3. Die von der Bundesregierung verfolgte „Energiewende“ und Klimaschutzpolitik hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, Deutschland ökonomisch und gesellschaftlich massiv geschadet, aber keinerlei Nutzen erbracht.
 4. Die Beeinträchtigung der Artenvielfalt durch Insekten- und Vogelschlag (Windenergie) sowie durch Monokulturen (Bioenergie) beziehungsweise die hohe Flächeninanspruchnahme (z. B. Waldrodungen) durch die sogenannten „Erneuerbaren Energien“ zeigt sich stärker als Veränderungen des Klimas.
 5. Die Individualmobilität soll durch diese Vorhaben stark eingeschränkt werden. Obwohl moderne Verbrennungsmotorentechnologien den vorgeschlagenen, kostenintensiveren Alternativen mindestens ebenbürtig in der Umweltverträglichkeit beziehungsweise bei den Schadstoffemissionen sind, werden Kunden oder Steuerzahler zusätzlich belastet und der Automobilssektor in Deutschland massiv beschädigt.
 6. Die Mittelzuweisungen für die Forschung auf dem zukunftsweisenden Gebiet der Kern- bzw. Kernfusionstechnik müssen insbesondere national ausgebaut und internationale Kooperationen verstetigt bzw. verstärkt werden.

7. Zielvorgaben der „Great Reset“-Agenda sind ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ und „integrativere und nachhaltigere Volkswirtschaften und Gesellschaften“ aufzubauen. Es drängt sich der Verdacht nach dem Wunsch der Schaffung eines vermehrt kollektivistischen Systems auf.
 8. In jedem Fall ist der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als demokratisch nicht hinreichend legitimierten Transformationsprozessen.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den Deutschen Bundestag umfassend und transparent über den geplanten sogenannten „Great Reset“ zu unterrichten,
 2. den Deutschen Bundestag im Nachgang zum WEF 2021 über die gegebenenfalls gefassten Beschlüsse (auch informeller Art) und ihre Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland umfassend und transparent zu informieren,
 3. den „Großen Neustart“ des Weltwirtschaftsforums beziehungsweise die damit verknüpften Agenden entschieden abzulehnen sowie eine deutsche Beteiligung an hiermit verbundenen Vorhaben von vornherein auszuschließen,
 4. Technologieoffenheit zu gewährleisten und alle umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen Zukunftstechnologien, welche für wirtschaftliches Wachstum und materiellen Wohlstand geeignet sind, in der Forschung zu unterstützen,
 5. eine Novellierung der 10. BImSchV zur Aufnahme von paraffinischen Dieselmotorkraftstoffen nach DIN EN 15940 vorzunehmen, um den Vertrieb dieser Kraftstoffe auch in der Reinform in Deutschland zu ermöglichen,
 6. jegliche Form der CO₂-Besteuerung zu beenden,
 7. das Atomgesetz (AtG) dahingehend zu ändern, dass neue kerntechnische Anlagen, insbesondere solche, die zwecks Vermeidung der geologischen Endlagerung für den Schluss des Kernbrennstoffkreislaufs geeignet sind, auch zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wieder genehmigungsfähig sind,
 8. zusätzliche Förderprogramme zur Forschung und Entwicklung neuer Nuklear- und Fusionstechnologien, insbesondere der Generation IV, zu schaffen und damit auch die Teilhabe an entsprechenden Projekten im Ausland zu ermöglichen.

Berlin, den 12. Mai .2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Am 3. Juni 2020 wurde „Der Große Neustart“ (englisch „The Great Reset“) als neue Agenda des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum, WEF) und Thema des nächsten, als „einzigartig“ angekündigten, Gipfels im Jahr 2021 vorgestellt.¹ Vor dem Hintergrund der der CoViD-19-Pandemie und der schwersten Wirtschaftskrise seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts infolge der weltweit ergriffenen Regierungs-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bezeichnen die Initiatoren den globalen „Großen Neustart“ als „Verpflichtung“, „ausgeglichene, integrativere und nachhaltigere Volkswirtschaften und Gesellschaften auf[zu]bauen, die angesichts von Pandemien, Klimawandel und den vielen anderen globalen Veränderungen, mit denen wir konfrontiert sind, widerstandsfähiger“ seien.² „Wir haben nur einen Planeten, und wir wissen, dass der Klimawandel die nächste globale Katastrophe mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit sein könnte“, sagte Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums.³ „Wir müssen die Wirtschaft in dem kurzen noch verbleibenden Zeitfenster dekarbonisieren und unser Denken und Verhalten wieder in Einklang mit der Natur bringen.“ „Ökologische, soziale und Good Governance müssen ein angemessener Teil der Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Regierungen darstellen“, ergänzte er.⁴

Sowohl die Energie- als auch die Klimapolitik haben sich bereits vor der Corona-Krise als für die Wirtschaft schädliche, für das Weltklima wirkungslose und für die Privathaushalte unsoziale, verfehlte Luxusprojekte herausgestellt. Der „Große Neustart“ des Weltwirtschaftsforums zielt wie auch die Agenda 2030⁵ der UN auf eine „Transformation“ der Wirtschaft und Gesellschaft ab, um vorgeblich mehr Umweltfreundlichkeit, eine höhere Biodiversität und auch eine sozial gerechtere Gesellschaft zu erreichen. Die Agenda 2030 formuliert zumindest die Absicht, bezahlbare („affordable“ - man beachte: nicht kostengünstige) Energie zur Verfügung zu haben⁶ und Wirtschaftswachstum⁷ anzustreben, ohne jedoch zu erläutern, wie dies mit den Zielen der Klimaneutralität und dem vermehrten Einsatz sogenannter „erneuerbarer“ („renewable“) Energien zusammen gelingen soll. Dem Ziel der Erhaltung der Biodiversität⁸ dürfte der Ausbau dieser flächenintensiven Umgebungsenergien jedoch zuwiderlaufen, siehe auch weiter unten.

Da jedoch die CO₂-Vermeidung umweltschädliche Umgebungsenergien wie die Windenergie zwingend zur Folge hat, stellt sich für die Antragssteller die Frage, wie Wohlstand, Naturschutz und soziale Standards, die eigentlich formulierten Nachhaltigkeitsziele, erreicht werden sollen. Die Antragssteller können nicht des Eindrucks erwehren, dass hier die Absenkung hoher Lebensstandards zumindest in Kauf genommen wird, um eine Angleichung an prekäre Verhältnisse vorzunehmen, statt es genau andersherum anzustreben. Eine technologie-offene Antwort auf die zugrunde liegende Problematik könnte beispielsweise die Kernenergie (Generation IV) darstellen, welche jedoch bei den Initiatoren keine Berücksichtigung findet. Kernenergie ist eine Zukunftstechnologie. Die bereits im Ausland vorhandenen oder sich im Bau befindlichen sowie geplanten Reaktoren der Generation IV zeigen, dass dieses Potenzial im Ausland bereits erkannt und vorangetrieben wird. Hier stecken enorme Potentiale für den Hochtechnologiestandort Deutschland. Die gezielte Forschung und Entwicklung moderner, sicherer und reststoffverwertender Kernkraftanlagen (Generation IV) und damit einhergehend Ausbau und die Förderung modernster Kernkrafttechnik als Energiequelle, sollte daher gefördert werden.

„Erneuerbare“ Energien, präziser Umgebungsenergien, sind schädlich für die Umwelt und die Artenvielfalt. Bioenergie reduziert die Artenvielfalt durch Monokulturen⁹, Photovoltaik und vielmehr noch die Windenergie sind für erheblichen Insekten- bzw. Vogelschlag verantwortlich.^{10,11} Windenergie hat, insbesondere bei weiterem

¹ www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf

² www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf

³ www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf

⁴ www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf

⁵ www.un.org/sustainabledevelopment/development-agenda/

⁶ www.un.org/sustainabledevelopment/energy/

⁷ www.un.org/sustainabledevelopment/economic-growth/

⁸ www.un.org/sustainabledevelopment/biodiversity/

⁹ Böttger, M. et al. (1990) Biologisch-ökologische Begleituntersuchungen zum Bau und Betrieb von Windkraftanlagen, Norddeutsche Naturschutz Akademie, NNA Berichte 3. Jahrgang, Sonderheft, Dauber J, Bolte A (2014) Bioenergy: Challenge or support for the conservation of biodiversity? GCB Bioenergy, 6:180-182.

¹⁰ Herden C, et al. (2009): Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen. BfN-Skripte 247., Trieb, F. (2018) Study report: Interference of flying insects and wind parks (FliWip). DLR, 1-30

¹¹ www.focus.de/wissen/klima/tid-14230/mythos-windkraftanlagen-toeten-massenweise-voegel_aid_398163.html

Ausbau, das Potential, das regionale Klima (höhere Temperaturen, geringere Niederschläge) ungünstig zu beeinflussen, große Windindustriearale, wie sie beispielweise in Texas gebaut werden, beeinflussen die Temperaturen vor Ort. Dies ist mittlerweile aber weitestgehend unumstritten.¹² Es ist nach Ansicht der Antragsteller nicht einzusehen, weshalb die Bürger für ineffiziente, instabile Energieerzeugung, welche zudem auch noch schädlich für den Naturschutz ist, derartige Belastungen schultern müssen, erst recht nicht in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. All diese Auswirkungen werden durch die Forderung, alle Sektoren über diese Umgebungsenergien zu versorgen, noch vervielfacht. Dies könnte höchstens durch drastische Energieeinsparungen, wie sie auch manchmal als „Energieeffizienz“ in den Programmen wie der Agenda 2030 auftauchen, abgemildert werden, dürfte aber nach Meinung der Antragsteller eher, wie an anderen Stellen schon vorgeschlagen, in eine Suffizienz-Wirtschaft führen.

Die im „Great Reset“ angestrebte Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung (man beachte: nicht Ressourcenverbrauch) lässt durchschimmern, dass hier eine Verlagerung in den Dienstleistungssektor angedacht sein könnte – weltweit hat sich eine derartige Desindustrialisierung jedoch nicht durchgesetzt und der Versuch eher als fatal erwiesen. Im Lichte all dieser Betrachtungen können die Antragsteller nicht erkennen, wie die Initiatoren in diesem Rahmen ihr Ziel einer „unsere Zukunft zu sichern und Wohlstand zu schaffen“, erreichen wollen. Bereits mit der 2021 begonnenen CO₂-Besteuerung belastet die Bundesregierung die Zukunft unserer Kinder, bedroht den Wohlstand der Bürger unseres Landes und schränkt die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens nachhaltig ein. Die Förderung von Innovationen und nicht Klimaaktivismus wie die CO₂-Steuer ermöglicht Umwelt und Wohlstand gleichermaßen zu erhalten.

Der von der Bundesregierung forcierte technologische Strukturbruch im Rahmen der Elektromobilitätswende ist die Hauptursache für die sich immer weiter verschärfende Krise der deutschen Schlüsselindustrie. Statt eines technologieoffenen Ansatzes setzt die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser desaströsen Entwicklung im Rahmen ihrer „Verkehrswende“ nach wie vor ausschließlich auf den planmäßigen Umstieg auf Elektrofahrzeuge. Dabei würde eine Markteinführung von paraffinischen Kraftstoffen in Reinform nach DIN EN 15940 aus Sicht der Antragsteller unmittelbar den enormen ökonomischen Druck aufgrund des von der Bundesregierung forcierten technologischen Strukturbruchs im Rahmen der Elektromobilitätswende für die betroffenen deutschen Unternehmen und Bürger erheblich reduzieren: Die herkömmlichen Verbrennungsmotoren, immerhin bundesweit etwa 50 Millionen Pkw und Nutzfahrzeuge, könnten die paraffinischen Kraftstoffe tanken und dafür auch die bereits existierenden Tankstelleninfrastrukturen nutzen.

Eine Beteiligung der Bundesregierung an künftigen Maßnahmen zur Erfüllung der Zielvorstellungen des „Great Reset“ würde unmittelbar und direkt als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise wirken und ist daher vor voreherein abzulehnen. Die Umsetzung der „Great Reset“-Agenda würde zu massivem Wohlstandsverlust, Stellenabbau und zur forcierten Deindustrialisierung, insbesondere in Deutschland und Europa führen.

Das Weltwirtschaftsforum steht immer wieder in der Kritik, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften zu ermöglichen, „Entscheidungen ohne Rechenschaft gegenüber Wählern oder Aktionären treffen zu können“.¹³ Es gilt „als Ausgangspunkt für bi- und multilaterale Abkommen“.¹⁴ Es fehlt daher aus Sicht der Antragsteller für einen derartigen weitreichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess wie dem „Great Reset“ an demokratischer Legitimation.

¹² www.deutschlandfunk.de/windparks-als-klimakiller.676.de.html?dram:article_id=29367

¹³ [www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2016\)573928](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2016)573928)

¹⁴ www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaftsforum-in-davos-wird-verschoben-a-a95a4df7-2f69-44f2-9403-fd336f53938f

